

Marginalien ; Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **32 (2013)**

Heft 63

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

MARGINALIEN / REZENSIONEN

Barbara Müller: **Die Anfänge des Bologna-Prozesses in der Schweiz.** HEP-Verlag, Bern 2012 (285 S.)

Am 19. Juni 1999 unterzeichnete der damalige Staatssekretär für Bildung und Wissenschaft, Charles Kleiber, für die Schweiz die «Bologna-Deklaration». Eine neue Studie analysiert die Ursachen, die zu dieser Unterzeichnung geführt haben, und beschreibt deren Folgen. In ihrer Dissertation *Die Anfänge der Bologna-Reform in der Schweiz* rekonstruiert Barbara Müller die unmittelbaren Ereignisse, die zur Unterzeichnung führten, bettet diese in die (hochschul)politischen Kontexte ein und betrachtet den Beginn der Umsetzung. Dabei greift sie auf unterschiedliche Dokumente, Protokolle, Schriftwechsel und Gespräche mit Experten zurück. Methodisch basiert die Studie auf dem Ansatz eines «akteurzentrierten Institutionalismus», mit dessen Hilfe sie herausarbeitet, wie zentrale Akteure sich entscheiden, am Bologna-Prozess teilzunehmen, und zu welchen hochschulpolitischen Veränderungen es dadurch kommt.

Folgt man der Darstellung Müllers, so war man sich in der kleinen Schweizer Gruppe an der Konferenz in Bologna nicht über die Bedeutung dieses Anlasses bewusst. In dieses Bild passt, dass der Entwurf für die Deklaration in der Schweiz nur zwei bis drei Wochen vor der Konferenz vorgelegen haben dürfte. In dieser sehr kurzen Zeitspanne war eine

angemessene Diskussion über die Unterzeichnung dieses Dokuments nicht möglich. Allerdings war die Bologna-Deklaration rechtlich gesehen auch lediglich eine Absichtserklärung, die keine bindenden Verpflichtungen mit sich brachte.

Immerhin führten kurz vor der Tagung sowohl die Schweizerische Hochschulrektorenkonferenz (SHRK) als auch die Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK) eine kurze Konsultation über diesen Entwurf durch. Während die Rektorenkonferenz in ihrer Plenarversammlung am 11. Juni deutliche Vorbehalte anmeldete und in einem Brief an das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW) forderte, insbesondere in Bezug auf die Gestaltung der Bachelor- und Master-Studienstruktur keine Verpflichtungen einzugehen, verfasste die Hochschulkonferenz «eine «neutral-positive» Stellungnahme», auf die sich Kleiber später berief, als ihm von einem Erziehungsdirektor vorgeworfen wurde, er habe seine Kompetenzen überschritten, indem er ohne Mandat der Kantone gehandelt habe.

An der Konferenz herrschte in der Delegation eine «negative Stimmung» vor: Es gab Versuche von einigen Mitgliedern, die Unterzeichnung durch Kleiber zu verhindern. Die Tatsache, dass dies nicht mehr möglich war, erklärt sich der damalige Generalsekretär der SHRK, Rudolf Nägeli, auch mit dem Zeremoniell der Konferenz, das die Verweigerung der Unterzeichnung nicht zulies: «Und dann sassen wir alle dann einfach als Gäste in

der grossen Aula der Uni Bologna, und vorne waren die Minister. Nachher ist man unter Namensaufruf jedes Land durchgegangen [...]. Wir haben alle zueinander gesagt, es wäre ja undenkbar, dass der Staatssekretär das nicht unterschreiben würde, das wäre eine solche Blossstellung gewesen. [...] Es gab einen Grobentwurf, eben denjenigen, den der Staatssekretär ein paar Tage zuvor geschickt hatte, und die Minister haben am Freitag noch daran gearbeitet. Und die haben dann am Samstag etwas unterschrieben, das wir noch nie zuvor gesehen hatten.» (zit. nach Müller, S. 161)

Barbara Müller zeigt jedoch auf, dass die Unterzeichnung der Bologna-Deklaration durchaus in die bildungspolitische Landschaft Ende der 1990er-Jahre passte. Auf europäischer Ebene hatte sich ein Diskurs über «Wissensgesellschaft» etabliert, der Wissen und Bildung als Kapital verstand und dementsprechend auf dessen Optimierung zielte. Schon der EU-Vertrag von Maastricht 1992 wie auch die Lissabon-Konvention von Europarat und UNESCO thematisierten Bildung aus dieser Perspektive. Der Bologna-Prozess hatte eigentlich bereits mit der Sorbonne-Erklärung begonnen, welche die Bildungsminister der vier grössten EU-Staaten (Deutschland, Frankreich, Grossbritannien und Italien) 1998 unterzeichnet hatten. Schon in dieser wurde gefordert, die Strukturen der europäischen Hochschulsysteme anzugleichen. Mit dem Ziel, die innereuropäische Mobilität zu fördern und Studienleistungen wechselseitig anzuerkennen, wurde hier bereits vorgeschlagen, ein Kreditpunktesystem einzuführen.

Bemerkenswerterweise gehörte die Schweiz zu den wenigen Ländern, die über die erwähnten vier Initiativstaaten

hinaus die Sorbonne-Deklaration unterschrieben, dies nach der Veröffentlichung. Nach zwei Jahrzehnten weitgehenden Stillstands war ganz allgemein wieder Bewegung in die Schweizer Hochschulpolitik gekommen, was sich auch auf der institutionellen Ebene zeigt: «Zum Zeitpunkt der Unterzeichnung der Bologna-Deklaration war in den eidgenössischen Räten die Debatte um das Universitätsförderungsgesetz, die Zusammenarbeitsvereinbarung und das Konkordat im Gange. Das Gesetzeswerk veränderte die politischen Gewichte, einerseits von den Kantonen zum Bund, dort im Wesentlichen zur Rektorenkonferenz (CRUS) und zur Universitätskonferenz (SUK).» (S. 248) Bei der Umsetzung der Bologna-Reform wurde insbesondere die CRUS zu einem wichtigen Akteur, die darauf abzielte, durch eine eigenständige zügige Implementierung der Reformen ein entsprechendes Diktat der Politik vorwegzunehmen. Dabei war auch von Bedeutung, dass einzelne Universitäten in den 1990er-Jahren durch neue kantonale Universitätsgesetze eine stärkere Autonomie und damit Handlungsspielraum erhielten. An die Spitze der Bewegung setzten sich neben der ETH Zürich und der Universität Basel die neuen Universitäten St. Gallen, Luzern und Tessin.

Obwohl Barbara Müller zu Beginn darauf verweist, dass in der Studie die Auswirkungen der Bologna-Reform auf die Qualität von Lehre und Forschung nicht untersucht werden, versteigt sie sich im Schlusssatz zu der Behauptung, dass mit der Reform ein fälliger «Policy Change» eingeleitet wurde, durch den die Schweizer Hochschulen «den notwendigen Schub [erhielten], um auf die vielfältigen, teilweise noch ungeahnten Herausforde-

rungen der Wissensgesellschaft der Zukunft vorbereitet zu sein» (S.254). Woraus die Autorin diese Gewissheit schöpft, bleibt dem Leser, der Leserin leider verschlossen. Auch Entgegengesetztes liesse sich wohl aus der Studie ableiten. Doch für derartige Schlussfolgerungen stellen weder das ausgewertete Material noch die verwendete Methode eine geeignete Basis dar. Insgesamt liegen die Stärken der Studie in der Dokumentation des Bologna-Prozesses in der Schweiz, die interessante Einblicke in das hochschulpolitische Feld ermöglichen.

Johannes Gruber

Sebastian Friedrich (Hg.): **Rassismus in der Leistungsgesellschaft**. Analysen und kritische Perspektiven zu den rassistischen Normalisierungsprozessen der «Sarrazindebatte». Edition Assemblage, Münster 2011 (264 S.)

Der Sammelband nimmt die massenmedial ausgetragene «Sarrazindebatte» zum Anlass, um Einschätzungen zu aktuellen Formen und Funktionsweisen des Rassismus in Deutschland zusammenzutragen. Thilo Sarrazins 2010 veröffentlichtes Pamphlet *Deutschland schafft sich ab* gilt (mit rund 1,3 Millionen verkauften Exemplaren) als eines der meistverkauften Bücher der deutschen Nachkriegsgeschichte. In einer äusserst hilfreichen Einleitung rekonstruiert Sebastian Friedrich die Debatte, die sich rund um das Buch und eine Reihe von Interviews vor und nach dessen Erscheinen entwickelte. Anfängliche Empörung über die darin vertretenen Thesen wurden rasch vom Ruf nach «Meinungsfrei-

heit» für Sarrazin überlagert, bevor die Diskussionen sich vom Thema Rassismus entfernten und eingehend über «den Islam», dessen Rolle in der deutschen Gesellschaft und die notwendige «Integrationsbereitschaft» von MuslimInnen beratschlagt wurde.

Die Einleitung macht deutlich, dass es in dem Band nicht in erster Linie um die Person Sarrazin oder die konkrete Widerlegung der von ihm vertretenen Thesen gehen soll, sondern um «das Feld, in dem dessen Thesen wirken konnten» (S.8). Diese Vorgabe halten nicht alle AutorInnen ein; einige Beiträge bleiben sehr nahe an Sarrazins Text, die wiederkehrende Vorstellung und Entlarvung seiner Argumente führt in der Gesamtschau zu gewissen Redundanzen. Die meisten Beiträge nehmen die Debatte um *Deutschland schafft sich ab* jedoch zum Anlass, um darüber nachzudenken, wie Rassismus und insbesondere antimuslimischer Rassismus in Deutschland gegenwärtig funktioniert. Sie gehen der Frage nach, auf welche gesellschaftlichen Konfliktbereiche und Argumentationsfiguren in rassistischen Diskursen Bezug genommen wird, mit welchen anderen gesellschaftlichen Diskursen diese verbunden und überlagert werden, wer von ihnen betroffen ist und wer sich durch sie der eigenen Überlegenheit versichern kann. Die Aufsätze bleiben dabei weitgehend explorativ, was ihnen angesichts des weiterhin unzulänglichen Stands der empirischen Forschung zu antimuslimischem Rassismus im deutschsprachigen Raum nicht anzulasten ist. Drei miteinander verbundene Problemkomplexe, die sich durch die meisten der insgesamt 15 Beiträge ziehen, sollen hier herausgegriffen werden.

Erstens teilen mehrere AutorInnen (Sebastian Friedrich, Vassilis Tsianos/

Marianne Pieper, Moritz Altenried, Elke Kohlmann, Jürgen Link) eine Irritation ob der unvermuteten Wiederkehr offen biologistisch-rassistischer Ideologeme in den deutschsprachigen Mainstream-Diskurs. Schliesslich waren sich weite Teile der jüngeren, kritischen Rassismusforschung einig, dass der «alte», biologisch argumentierende «Rassen-Rassismus», mit seinem katastrophischen Eskalationspunkt im Holocaust, nach 1945 so stark an Legitimation verloren hatte, dass er ausserhalb rechtsextremer Teilöffentlichkeiten zunehmend bedeutungslos wurde. An seine Stelle, so argumentierten RassismusforscherInnen wie Robert Miles, Stuart Hall, Etienne Balibar oder Colette Guillamin, trat spätestens ab den 1980er-Jahren ein neuer, «kulturalisierter» Rassismus, der Menschen nicht mehr entlang von Abstammung und vorgeblich biologischen Differenzen klassifizierte, sondern verschiedenen einheitlichen, quasinatürlich gedachten «Kulturen» zuzuordnete und auf dieser Basis bewertete. Der antimuslimische Rassismus galt und gilt häufig als paradigmatischer Fall eines solchen «Kulturrassismus» – eine These, die von Yasemin Shooman in ihrem Aufsatz ebenso kompetent wie kompakt dargelegt wird. Der Übergang vom biologistischen zum kulturalistischen Rassismus wurde und wird dabei meist – und auch in diesem Band (vgl. Karakayali, S. 97) – als historische Sequenz begriffen, die eine Periodisierung der verschiedenen Rassismen erlaubt. Aus dieser Perspektive wirken jedoch Thilo Sarrazins Berufung auf die Existenz von «Menschenrassen» (Sebastian Friedrich weist darauf hin, dass Sarrazin nur «auf Geheiss des Verlags in seinem Buch überall das Wort «Rasse» durch «Ethnie» ersetzt» hat [ebd., S. 23]) und seine der eugeni-

schen Tradition entlehnten Politikvorschläge wie ein historischer Rückfall, der als Einbruch einer überwunden geglaubten, biologistisch-rassistischen Logik begriffen werden müsse: «Aus dem Schatzkästlein wird die biologische Vererbung reanimiert und die Kultur dazugemixt» (Kohlmann, S. 176); Ergebnis ist «das skurrile Tandem Naturalismus / Historismus» (Tsianos / Pieper, S. 120).

Der zweite von der Mehrzahl der Beitragenden geteilte Befund gilt der engen Verknüpfung von rassistischen Topoi mit neoliberalen Wettbewerbsdiskursen in der Sarrazindebatte. *Rassismus in der Leistungsgesellschaft* ist insofern ein mit Bedacht gewählter Titel. Er verweist darauf, dass gegenwärtig dominante Formen des Rassismus sich besonders dort als überaus kompatibel mit der neoliberalen Entwicklungsweise des Kapitalismus erweisen, wo Ausgrenzung und Inferiorisierung der «Anderen» entlang der ideologischen Scheidelinie von produktiv / unproduktiv bzw. nützlich / unnützlich hergestellt wird. Sarrazins Aussage, wonach eine «grosse Zahl an Arabern und Türken» in Berlin «keine produktive Funktion» habe und dieser Bevölkerungsteil sich «auswachsen» müsse, steht paradigmatisch für diese ideologische Operation. Insofern ist der Sarrazin'sche Rassismus mehr als eine blosser Wiederkehr des verdrängten Biologismus, er repräsentiert vielmehr – wie die Beiträge von Christoph Butterwegge, Juliane Karakayali und Elke Kohlmann zeigen – eine Bündelung und Kopplung rassistischer und rechtsextremer Argumentationsfiguren mit zentralen Funktionsweisen des Neoliberalismus: Standortkonkurrenz, Prekarisierung, Ökonomisierung des Sozialen und die Verlagerung von Existenzrisiken in die Individuen. Der gewaltige

Erfolg von *Deutschland schafft sich ab* wird nicht zuletzt darauf zurückgeführt, dass Sarrazin darin «seit fast zwei Jahrzehnten geführte Diskurse geschickt miteinander verbindet, bündelt und zuspitzt, die infolge der globalen Finanz-, Weltwirtschafts- und europäischen Währungskrise auf einen günstigen Nährboden treffen, weil vornehmlich Angehörige der Mittelschicht grosse Angst vor einem sozialen Abstieg haben und für Katastrophenszenarien und Kassandrarufe empfänglich sind» (Butterwegge, S. 205). Auch Sarrazins bevölkerungspolitische Forderung nach einer höheren Geburtenrate «deutscher» (Akademiker-)Frauen sollte, so Juliane Karakayali in ihrem lesenswerten Beitrag, nicht allein als konservativ-patriarchaler Backlash verstanden werden, sondern als durchaus anschlussfähig an «postfeministische», erfolgsindividualistische-neoliberale Geschlechterpolitiken.

Drittens schliesslich macht der Band die Diagnose einer gesamtgesellschaftlichen Diskursverschiebung nach rechts plausibel. Im Windschatten des offensiven Rassismus, der von Thilo Sarrazin, aber auch von rechtspopulistischen politischen Parteien (FPÖ in Österreich, SVP in der Schweiz) oder in einschlägigen Blogs und Websites vertreten wird, nimmt seit einigen Jahren ein sich selbst als «liberale Islamkritik» verstehender Rassismus Fahrt auf. Dieser sei, so Vassilis Tsianos und Marianne Pieper, ein «Rassismus der radikalisierten Suburbia-Mittelschicht, die ihre Hegemonie jenseits des Parteienspektrums sucht und organisiert. Ihr Markenzeichen sind Latte Macchiato und postpolitischer Tabubruch mittels antimuslimischer Rhetorik.» (Tsianos / Pieper, S. 114) Dabei erweisen sich auch – oder gerade – linke und

linksliberale Milieus als anfällig für die Übernahme und Reproduktion antimuslimischer Rassismen, etwa wenn gesellschaftliche Unterdrückungsverhältnisse wie Sexismus und Homophobie ethnisiert und «islamisiert», d.h. stereotyp und monokausal auf eine vermeintlich rückständige «Kultur» zurückgeführt werden. Dadurch würden kulturrassistische Verhältnisse reproduziert. Zugleich und darüber hinaus habe der Verweis auf das islamische «Andere», das sich nie aus dem finsternen Mittelalter befreit habe oder gar eine Wiederkehr des in Europa überwundenen Faschismus (eines «Islamofaschismus») darstelle, auch eine entlastende Funktion. Er konstituiere eine Position, die sich als emanzipatorisch generieren und gleichzeitig auf die eigene – weisse, europäische – Überlegenheit pochen könne (vgl. Karakayali, S. 99 f.).

Den Beiträgen in *Rassismus in der Leistungsgesellschaft* gelingt es, über die (inzwischen medial schon wieder weitgehend abgeebbte) Sarrazindebatte hinausreichende Fragen zu Formen und Funktionen des gegenwärtigen Rassismus in Deutschland zu analysieren. Der konzeptionelle Bezugsrahmen der meisten AutorInnen kann als diskurstheoretisch bezeichnet werden; mehrere AutorInnen sowie der Herausgeber orientieren sich methodisch an der Kritischen Diskursanalyse, wie sie am Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) rund um Margarethe und Siegfried Jäger entwickelt worden ist. Andere Beiträge lehnen sich stärker an Michel Foucaults diskurstheoretische Thesen zu Biopolitik und Gouvernementalität an. Die Stärken der beiden Ansätze – hier die konkrete Rekonstruktion von «Sagbarkeitsfeldern» innerhalb eines spezifischen Debattenzusammenhangs und

dort die Einordnung gegenwärtiger Rassismen in eine sozialhistorisch weiter gefasste «biopolitische» Logik und «Regierungsweise» – werden dabei deutlich. Zugleich bleiben aber andere, für ein umfassendes Verständnis des Phänomens (antimuslimischer) Rassismus notwendige Gesichtspunkte unterbelichtet. So wäre es lohnend, den Zusammenhang von aktuellen Formen des Rassismus mit Transformationen der Klassenzusammensetzung und der gegenwärtigen «organischen Krise» des neoliberalen Kapitalismus eingehender zu diskutieren.

Ein weiterer Kritikpunkt ist das weitgehende Fehlen einer *historischen* Perspektive auf Rassismus – ein Mangel, den der Band mit grossen Teilen der deutschsprachigen Rassismusforschung teilt. Mit Ausnahme des Textes von Moritz Altenried geht kein Beitrag auf die lange Geschichte der flexiblen Ideologie des Rassismus ein. Dabei ist dieser Gesichtspunkt nicht bloss von historiografischem Interesse. Die Geschichtsvergessenheit rassismuskritischer Analysen führt auch in dem vorliegenden Band dazu, dass Phänomene als «neu» verstanden und markiert werden, die tatsächlich eher als Permutationen lange anhaltender historischer Kontinuitäten begriffen werden sollten. Dies betrifft besonders zwei der oben angeführten Schwerpunkte des Bandes: das Verhältnis von kulturalistischen und biologistischen Argumentationsfiguren sowie die Verbindung von Rassismus und klassenspezifischen bzw. ökonomischen Unterdrückungs- und Ausbeutungsmechanismen. Zur ersten Frage hat im deutschsprachigen Raum u. a. Wulf D. Hund in zahlreichen Veröffentlichungen nachdrücklich dargelegt, dass der «biologistische» und der «kulturalistische» Rassismus nicht als histori-

sche Sequenzen missverstanden werden sollten, dass vielmehr jede Form des Rassismus einen «kulturellen Kern» in sich trägt. Noch die krudesten sozialdarwinistischen Thesen des späten 19. Jahrhunderts oder der Rassenwahn im Nationalsozialismus mussten grösste Anstrengungen darauf verwenden, die vorgeblich biologischen Unterschiede zwischen Menschengruppen kulturell herzustellen – ob durch Kleidungs Vorschriften, Karikaturen, räumliche Segregation oder Schädelvermessungen. Insofern müsste die These, wonach der kulturalistische biologische Rassismus im Laufe des 20. Jahrhunderts «abgelöst» habe, selbst zur Disposition gestellt werden, und es müsste stärker auf die historisch unterschiedlichen Formen der kulturellen Herstellung und Abwertung von «Anderen» fokussiert werden. Dies gälte es auch in der aktuellen, Sarrazin'schen Version des Rassismus zu berücksichtigen, um sie nicht entweder als Anachronismus oder als besonders innovative Verbindung von kulturalistischen und biologistischen Ideologemen darzustellen. Ähnliches trifft auf jene Elemente in Sarrazins Rassismus zu, die als Verknüpfung von Rassismus und «Klassismus» verstanden werden (Friedrich, S. 22 f.). Ein Hinweis darauf, dass der Begriff der «Rasse» selbst genealogisch einen klassenspezifischen Kern besass, und Verweise auf die ausführliche geschichtswissenschaftliche Aufarbeitung des engen Zusammenhangs zwischen der Abwertung rassistisch definierter «Anderer» und der ArbeiterInnenklasse als «Pöbel» könnten hier zu einer angemesseneren historischen Einordnung gegenwärtiger Phänomene beitragen.

Trotz dieser kritischen Anmerkungen ist der Band eine wichtige, politische wie

wissenschaftliche Debatten bereichernde Intervention in ein Themenfeld, in dem Polemik und moralische Empörung gegenüber präzisen Analysen häufig überwiegen. Hier sticht *Rassismus in der Leistungsgesellschaft* positiv hervor und gibt zahlreiche produktive Anstöße für notwendige Debatten.

Benjamin Opratko

Peter Bathke / Anke Hoffstadt (Hg.):

Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus. PapyRossa Verlag, Köln 2013 (362 S.)

Ausgehend vom Aufschwung europäischer rechtspopulistischer Parteien und den Gewaltexzessen rechtsextremer Exponenten in ganz Europa hinterfragt der vorliegende Sammelband die Phänomene der populistischen und extremen Rechten in sozial- und politikwissenschaftlicher Perspektive. Die Zusammenstellung der Beiträge orientiert sich zum einen an der Frage nach den strukturellen Ursachen und Bedingungen rechtspopulistischer Expansion und zum anderen nach den Ideologemen in den Programmen der europäischen Rechten. Untersucht werden u. a. die rechtsterroristischen Attentate Anders Breiviks in Norwegen, die Mordserie des Zwickauer Neonazi-Trios, die deutsche «Sarrazin-debatte» sowie die aktuelle Dynamik der Rechtsparteien in West- und Osteuropa.

Das erste Kapitel befasst sich mit den zentralen Ursachen der Etablierung rechtspopulistischer und rechtsextremer Politik. Der neoliberale Wandel gesellschaftlicher Produktionsverhältnisse steht dabei in enger Beziehung mit

dem Aufstieg der neuen Rechten. Der Aufsatz von Christina Kaindl führt in diese Problematik ein und hebt das politisch-ideologische Projekt des Neoliberalismus hervor. Es steht dem Regulationsmodell der Sozialdemokratie entgegen und verkörpert einen neuen Gesellschaftsentwurf. Nach Kaindl nahm die neue Rechte das neoliberale Programm in ihren Diskurs auf, um als «Geburtskraft des Neuen» (S. 25) auftreten zu können. Diese Verknüpfung von teils widersprüchlichen Bestrebungen wurde mit der Etablierung linksliberaler Kräfte in Europa brüchig, eröffnete gleichzeitig aber auch neue Perspektiven für rechtsextreme Positionen. Die Reartikulation der neoliberalen Ideologie innerhalb der neuen politischen Machtkonstellation ermöglichte deren Hegemonie. Die Ausarbeitung von Bewältigungsstrategien für sozioökonomische und politische Probleme sowie Krisen geschieht nur noch innerhalb neoliberaler Paradigmen. Konkret finden die politischen Strategien im fortschreitenden Abbau des Wohlfahrtsstaates, in der Einführung von neuen Arbeitsregimen und in der Verallgemeinerung von Diskursen der Eigenverantwortung, der Selbstoptimierung usw. ihren Ausdruck. Der erfolgte Ab- und Umbau sozial- und wohlfahrtsstaatlicher Strukturen führte gemäss Kaindl zu einer Lücke zwischen der verunsicherten, unzufriedenen Bevölkerung und ihrer politischen Repräsentation. Die neoliberale Einschränkung der Repräsentation eröffnete der extremen Rechten die Möglichkeit, das «Wohlfahrtsstaatsbewusstsein der Menschen» (S. 28) mit einer Mischung von globalisierungskritischen, nationalistischen und ausländerfeindlichen Deutungsmustern zu beeinflussen.

Die in den letzten Jahren erfolgte De-

stabilisierung der neoliberalen Vorherrschaft lässt sich auf die Verschärfung der sozialen Frage zurückführen. Inwiefern in dieser Situation den rechtspopulistischen und rechtsextremen Eingriffen eine wesentliche Bedeutung zukommt, thematisiert Katrin Reimer in ihrem Beitrag. Am Beispiel von Deutschland zeigt sie auf, inwieweit die ins Wanken geratene neoliberale Hegemonie (vgl. dazu auch Herbert Schui) sich Elemente der rechten Ideologie einverleibt, um ihre Formation wieder zu festigen. Die Sicherung hegemonialer Ordnung geschieht dadurch, dass die soziale Frage entlang von ethnischen Abgrenzungslinien umgedeutet und nach meritokratischen Grundsätzen organisiert wird. Beide Prozesse lassen sich als ideologische Instrumente lesen, welche systematische Ungleichheit produzieren und das Thema der sozialen Ungleichheit rassistisch begründen. Die letzten zwei Beiträge vertiefen die Thematik der Verschärfung der sozialen Frage innerhalb spätkapitalistischer Gesellschaftsordnungen. Werner Seppmann beschäftigt sich mit der Frage nach der Rolle der Gewalt in der neoliberalen Umgestaltungsoffensive. Gewaltexzesse gründen ihm zufolge in gesellschaftlichen Verhältnissen, in welchen das abstrakte Prinzip der Kapitalverwertung, das Prinzip der sozialen Ausgrenzung, der Selbstzerstörung und die Selbstentäusserung die grundlegenden Lebensinteressen beherrschen. Solche Gesellschaften bringen zunehmend zerstörte Menschen hervor, welche auf selbst erlittene Gewalt mit «monströsen Destruktionshandlungen» (S. 77) reagieren. Die Irrationalismen, die einer Gewalttat zugrundeliegen können, lassen sich nicht auf die Unzurechnungsfähigkeit der Täterschaft zurückführen, sondern sie ge-

hören zu den «sozial-destruktiven Funktionsprinzipien spätkapitalistischer Gesellschaften» (S. 66). Mit dem Thema sozialer Krisenerfahrung schliesst der Beitrag von Claudia Haiydt das erste Kapitel ab. Der Fokus richtet sich auf die Beziehung zwischen Sozialabbau innerhalb Deutschlands und seiner professionalisierten Militarisierung gegen aussen. Haiyds Untersuchung kommt zum Schluss, dass durch den stetigen Sozialabbau in der Bundesrepublik junge Menschen aus strukturschwachen Regionen gezwungen sind, sich als «Freiwillige» bei der Bundeswehr zu melden.

Wurde im ersten Kapitel auf die strukturellen Voraussetzungen des rechten Populismus und Extremismus eingegangen, so widmet sich das zweite Kapitel den inneren Konstitutionsbedingungen des Rechtspopulismus. Einen Einstieg in die spezifische inhaltliche Dimension des Rechtspopulismus bietet der Beitrag von Sven Schönfelder. Aus seiner Analyse geht hervor, dass die Strategien rechtspopulistischer Parteien in Europa sich gegenüber der vorherrschenden politischen Ordnung äusserst systemkonform verhalten. Deren programmatische Inhalte nehmen auf die gleichen Bedrohungsängste Bezug, wie die rechtsextreme Seite sie propagiert. Der Unterschied zu rechtsextremen Positionen liegt nicht im vertretenen Inhalt, sondern in ihrer rhetorischen Gestaltung. Die politischen Programme bestehen aus gemässigten Ausdrucksformen, wodurch sie offenen Rassismus vermeiden. Obwohl europäische Rechtsparteien sich merklich unterscheiden, teilen sie das Selbstverständnis als «Abwehrbewegung» (S. 109) gegenüber fremdem Einfluss und als Rückeroberer eines Lebens- und Wohlstandsniveaus der eigenen kulturellen

und nationalen Identität. In welcher Weise sich populistische Rechtsparteien in Europa etablieren und erhalten, ist Gegenstand mehrerer Beiträge. Der Entwicklung der italienischen Rechten widmen sich gleich zwei Artikel. Beschreibt Sergio Muzzpappa die Entstehung und Auswirkung von Berlusconi's politischer Bewegung, so geht Karin Priester auf das politisch-ideologische Programm des Berlusconi's ein. Alexander Häusler untersucht den gegenwärtigen rechtspopulistischen Modernisierungsprozess im Kontext der Antiislamdebatte. In seiner Untersuchung zeigt er, wie sich rechtspopulistische Parteien vom biologistischen Ansatz des «antimuslimischen Rassismus» hin zu einem differenzialistischen, kulturellen Rassismus bewegen, welcher im Begriff der Muslimfeindlichkeit mündet. Diese Umdeutung ist für den europäischen Rechtspopulismus entscheidend, da sie sich von einem «nackten» Rassismus distanziert und für die gesellschaftliche Mitte politisch anschlussfähig wird.

Auch das dritte Kapitel befasst sich mit der rechtspopulistischen Muslimfeindlichkeit in der ideologischen Dimension der neuen Rechten. Dass sich die Feindlichkeit durchaus aus biologischen und kulturellen Kategorien konstituieren lässt, beschreibt Christoph Butterwegge in seiner Auseinandersetzung mit Sarrazins hybridem Rassismus. Antiislamismus ist nicht nur im Sarrazynismus ein wichtiges ideologisches Moment, er dient ebenfalls als Orientierungspunkt in jungkonservativen intellektuellen Kreisen (vgl. dazu Helmut Kellersohn) sowie als Grundlage rechtspopulistischer Ethnisierung der Sexualität und der Homophobie (vgl. dazu Koray Yilmaz-Günay). Die Stigmatisierung von

Muslimen bleibt aber nicht ein blosses Phänomen rechter Parteien. Manuela Schon zeigt dies anhand der Medienberichterstattungen zu den Attentaten in Oslo 2011 auf.

Das Buch schliesst mit einer Auswahl von Antworten sowie alternativen Vorschlägen linker Politik im Kampf gegen Rechtspopulismus und Kapitalismus. Die meisten Beiträge zeigen auf, inwiefern die Stärkung gemeinschaftlicher Solidarität, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte und die Bündelung von Kämpfen für Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit die effektivsten Mittel darstellen, um die populistische und extreme Rechte zurückzudrängen.

Mit dem Band *Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus* ist es gelungen, auf die multidimensionalen Problemkomplexe rechtspopulistischer Formierungen hinzuweisen und deren politisch-ideologische Programme einer kritischen Analyse zu unterziehen. Der Bezugsrahmen der vorliegenden Aufsatzsammlung bewegt sich zwischen neomarxistischer Strukturanalyse und kritischer Diskurstheorie, wobei für viele AutorInnen Gramscis Hegemonietheorie einen zentralen Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen darstellt. Gerade für das Verständnis der Funktionen und der Rolle der populistischen und extremen Rechten in neoliberalen Gesellschaftsverhältnissen bietet Gramsci die nötigen Anknüpfungspunkte. So lassen sich aktuelle Rassismen als wesentliche Momente der Herrschaftsausübung und Herrschaftserhaltung der Führungselite verstehen. Rechtspopulistische Interventionen agieren in Form von Inklusionsprozessen untergeordneter Gruppen.

Für ein umfassenderes Verständnis von Rechtspopulismus und Rassismus

erweist sich die Perspektive der Beiträge jedoch als zu eng. Ihre Analyse erfolgt nur unter Aspekten strukturbedingter Herrschaftsverhältnisse, in welchen die Macht einer bestimmten politischen Führungselite zugeschrieben wird. Dieser klassentheoretische Ansatz hat zur Folge, dass der Gegenstand der Politik bloss die Ausübung und Herstellung von Macht durch die herrschende Klasse bezeichnet und es primär um die Bewahrung der Kräfteverhältnisse zwischen den Herrschenden und Unterdrückten geht. Es besteht die Gefahr, den Rechtspopulismus und Rassismus auf seine bloss politische Funktion zu reduzieren: gesellschaftliche Kräfte anzuziehen, zu neutralisieren, Gruppierungen über- oder unterzuordnen, Bündnisse zu schliessen und bestimmte Interessen zu verallgemeinern. Mehrere Beiträge verdeutlichen dies, indem sie, teils in redundanter Form, rechten Populismus und Rassismus nur mit institutionalisierten Parteien in Verbindung bringen. Zwar wird die kulturelle Front der Herrschaftsausübung mit einigen Beiträgen angeschnitten, doch bleibt der Blick mehrheitlich bei einem politikwissenschaftlichen Setting stehen, in welchem die Positionen der Klassen bereits festgeschrieben sind. Inwiefern die rechtspopulistischen Diskurse und aktuellen Formen des Rassismus auch neue Klassenzusammensetzungen bilden, bleibt offen.

Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf den postulierten Zusammenhang zwischen Neoliberalismus, Rechtspopulismus und Rassismus. In mehreren Artikeln bleiben diese Relationen ungeklärt. Unter anderem ist dies auf die Tatsache zurückzuführen, dass ihre gegenseitigen Beziehungen nur im Kontext von Herrschaftsverhältnissen auftauchen, die

sich über Zwang und Konsens herstellen. In den Blick geraten daher nur die repressiven und direkten Momente der Machtausübung über Subjekte. Hingegen wird die produktive Seite der Macht nur ansatzweise angesprochen. In welchem Masse neoliberale, rassistische und rechtspopulistische Diskurse selbst Regierungsstrategien hervorbringen, bleibt ebenso ausgeblendet wie die Bedeutung dieser Diskurse für die Selbstkonstituierung der Führungselite. Diese Zusammenhänge liessen sich unter Bezugnahme auf Michel Foucaults diskurstheoretische Überlegungen zur Biopolitik und Gouvernementalität in einen umfassenderen Rahmen stellen.

Der vorliegende Sammelband gewährt einen kritischen Einblick in die aktuelle politische und wissenschaftliche Debatte über die rechtspopulistischen und rechtsextremen Kräfte in Europa. Nebst den differenzierten Analysen bietet der Band wichtige Grundlagen für die erweiterte Auseinandersetzung mit der neuen europäischen Rechten.

Riccardo Pardini

Andreas Rieger / Pascal Pfister / Vania Alleva:
Verkannte Arbeit. Dienstleistungsangestellte in der Schweiz. Rotpunktverlag, Zürich 2012 (175 S.)

Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung, so die These des Buchs, werde sich wesentlich daran entscheiden, ob der gewerkschaftliche Aufbau in den Dienstleistungsberufen beschleunigt werden kann. Denn mehr als 70 Prozent der Beschäftigten in der Schweiz arbeiten im Dienstleistungssektor, darunter eine

grosse Zahl von Verkäuferinnen und Pflegefachfrauen, Chauffeuren und Serviceangestellten. Die Gewerkschaften haben diese Berufsgruppen in der Privatwirtschaft lange fast ganz den jeweiligen Berufsverbänden überlassen. Der gewerkschaftliche Aufbau wurde hier erst nach 1996 durch die Gründung der Dienstleistungsgewerkschaft Unia (die «kleine Unia») und ab 2004 durch die Fusion zur Grossgewerkschaft Unia verstärkt. Wie sieht die soziale Lage der Dienstleistungsangestellten aus, wie verorten sie sich in der Gesellschaft? Verfügen sie über ein gewerkschaftliches oder gar Klassenbewusstsein? Und was kann die Unia für die bzw. mit den Dienstleistungsangestellten erreichen? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Studie *Verkannte Arbeit. Dienstleistungsangestellte in der Schweiz* von Andreas Rieger, Pascal Pfister und Vania Alleva.

Die Expansion des Dienstleistungssektors in der Wirtschaft, die sogenannte Tertiarisierung, ist durch eine starke Zunahme der sozialen und produktionsbezogenen Dienstleistungen geprägt (Kapitel 1). Möglich wurde dies erst durch eine verstärkte Arbeitsmarkteteiligung der Frauen und eine hohe Zuwanderung. Die Anteile der Migrantinnen und Migranten variieren allerdings stark zwischen den Branchen: 11 Prozent sind es in der öffentlichen Verwaltung, 42 Prozent im Gastgewerbe.

Sind Dienstleistungsangestellte besser gestellt als die Industriearbeiter (Kapitel 2)? Eher nicht, wenn man die soziale Lage jener Dienstleistungsangestellten betrachtet, die die Studie ins Zentrum stellt. Der Medianlohn im Tertiärsektor ist zwar höher als im Industriesektor, der Anteil der Tief- und Hochlöhne hingegen ist grösser und die Lohnspreizung insge-

samt stärker. Nicht unerwartet sind die Tieflohnanteile im Detailhandel (19 Prozent), im Gastgewerbe (40 Prozent) und bei den Persönlichen Dienstleistungen (47 Prozent) besonders gross. Dabei sind Frauen überdurchschnittlich von Tiefgehältern betroffen. Aber auch die Möglichkeit, einen höheren Lohn zu erzielen, ist sehr gering; im Gastgewerbe etwa haben nur gerade 4 Prozent der Beschäftigten einen Lohn von mehr als 6000 Franken im Monat.

Die von der Autorin und den beiden Autoren vorgelegten empirischen Befunde räumen auf mit der Illusion, die Tertiarisierung der Wirtschaft und der Rückgang der Industriearbeit seien «die grosse Hoffnung des Zwanzigsten Jahrhunderts», so der Titel eines einflussreichen Buches von Jean Fourastier aus dem Jahr 1949. Denn für viele Arbeitnehmende in den Dienstleistungsberufen zeigt sich die Tertiarisierung nicht in Form von gut bezahlten Arbeitsstellen und humanen Arbeitsbedingungen.

Die Wahrnehmung und Bewertung der Dienstleistungstätigkeit (Kapitel 3) ist ebenfalls aufschlussreich. Bei den Dienstleistungen denkt man oft zuerst an Banker, Lehrkräfte oder BeraterInnen, weniger an Verkaufspersonal, Sicherheitspersonen oder Köchinnen. Diese sind keine gut gestellten Angestellten, sie werden aber auch nicht als «Arbeiter» betrachtet. Ihre Arbeit ist nicht nur schlecht entlohnt, sie wird von der Gesellschaft auch kaum wahrgenommen und nur wenig wertgeschätzt. Dies kommt in den fünf Interviews (Serviceangestellte, Lastwagenchauffeur, Angestellter einer Sicherheitsfirma, zwei Verkäuferinnen) gut zum Ausdruck. Sie sind dennoch stolz auf ihre Arbeit und wissen, dass ohne ihre Arbeit die Gesellschaft stillstehen würde.

Wo verorten sich Dienstleistungsangestellte in der Gesellschaft (Kapitel 4)? Sie sehen sich selber eher unten in der sozialen Hierarchie. Dazu ein Sicherheitsmann: «Man wollte uns Angestellten weismachen, dass wir etwas Besseres als «Büezer» geworden sind. Aber das stimmt so nicht.» In der jüngeren Geschichte verstanden sich die Angestellten nicht als Teil der Arbeiterschaft. Aber um eine eigene politische Rolle auszuüben, waren sie zu schwach organisiert. «Deshalb griffen viele dankbar zum mythologischen Konzept des «Mittelstandes», welcher den kleinen Versicherungsangestellten zusammenbrachte mit den freien Berufen, mit den Kleingewerblern, den Kadern von KMU und den Spezialisten.» (S.105) Die Vorstellung einer sich ausweitenden, allumfassenden Mittelschicht in der Dienstleistungsgesellschaft blieb jedoch ein Mythos. Eine Klasse der Dienstleistenden kann sich – gleich wie die Arbeiterklasse vor einem Jahrhundert – nur über eine lange Zeit hinweg in Kämpfen und Lernprozessen herausbilden.

Lange war die Landschaft der Arbeitnehmerorganisationen (Kapitel 5) geprägt durch die «Spaltung in eine gewerkschaftliche Organisation des Sekundärsektors und eine berufsverbandliche Organisation im privaten Tertiärsektor» (S.121). Im privaten Tertiärsektor blieben die Gewerkschaften lange passiv. Als aber in der langen Krise der 1990er-Jahre klar wurde, dass «die Zeiten der leichten Erfolge am Verhandlungstisch» (S.122) vorbei waren, setzte ein Konzentrationsprozess bei den Arbeitnehmerorganisationen ein und die Mehrheit der Angestelltenorganisationen begann sich stärker gewerkschaftlich auszurichten.

Wie sieht die Gewerkschaftsarbeit im Tertiärsektor heute aus (Kapitel 6)? Die

Unia hat als Grossgewerkschaft einen «Zyklus der gewerkschaftlichen Organisation im privaten Dienstleistungsbereich» (S.133) eingeleitet. Sie hat im Tertiärsektor fast 50000 Mitglieder, davon sind über 50 Prozent Frauen und rund 50 Prozent Migrantinnen und Migranten. Das hat Auswirkungen auf die Mitgliederstruktur, die Kultur und die Funktionsweise der Unia. Sie arbeitet auf verschiedenen Ebenen: In Betrieben wird Präsenz und Aktionsfähigkeit aufgebaut, und für die Mitglieder werden individuelle Dienstleistungen wie Kurse zur Standortbestimmung, branchenbezogene Weiterbildungen (in der Reinigungsbranche und im Gastgewerbe) oder Sprachkurse erbracht. Erfolgreiche Kampagnen zu transversalen Themen gehören dazu, beispielsweise jene gegen die 24-Stunden-Ladenöffnungszeiten oder gegen Tieflohne. Mit der Volksinitiative für gesetzliche Mindestlöhne von 4000 Franken wird zugleich das Terrain für GAV-Verhandlungen vorbereitet. Die transnationale Zusammenarbeit und Vernetzung wird ausgebaut, weil z.B. Grosskonzerne im Detailhandel europaweit agieren. Unter dem Dachverband UNI-Europa, einem Zusammenschluss von 168 Gewerkschaften in 35 Ländern, wurden europaweite Kampagnen gegen das 24-Stunden-Shopping oder für eine ILO-Konvention zur Hausarbeit geführt.

Mit der Gründung der Unia ist eine umfassende Drei-Sektoren-Gewerkschaft entstanden, in der die Dienstleistungsangestellten durch Aktionen und Kämpfe die Grenzen ihrer sozialen Klasse überwinden, Gemeinsamkeiten mit Bauarbeitern und Industriearbeiterinnen finden und eine gemeinsame Identität als Klasse der Lohnabhängigen herausbilden können. Ihre gesellschaftliche Rolle

bleibt indessen wenig sichtbar. «Das wollen wir ändern», schreiben die Autorin und die beiden Autoren, die alle bei der Unia arbeiten.

Die Bestandesaufnahme ist umfassend, bezieht statistische Daten ein, verknüpft historische und sozialwissenschaftliche Analysen und analysiert die Gewerkschaftspolitik fundiert. Sie präsentiert eine Chronik der Arbeitsniederlegungen und Protestaktionen im privaten Dienstleistungssektor der letzten zehn Jahre. Insgesamt schafft sie eine unverzichtbare Grundlage für die Weiterentwicklung der Gewerkschaftsarbeit – und sie bringt den Dienstleistungsangestellten Aufmerksamkeit und die verdiente Anerkennung entgegen.

Beat Baumann

Rebekka Wyler: **Schweizer Gewerkschaften und Europa**. Westfälisches Dampfboot, Münster 2012 (346 S.)

Rebekka Wyler hat in ihrer Dissertation die Beziehungen der Schweizer Gewerkschaften zu «Europa» untersucht. Entstanden ist die Gesamtschau einer Veränderung – die Autorin spricht von einem Lernprozess. Trugen die Schweizer Gewerkschaften in der Nachkriegszeit die Neutralitätspolitik des Bundesrates mit, die sich in Europaskepsis ausdrückte, so traten sie im neuen Jahrtausend für die bilateralen Verträge mit der EU ein. Nach einer Phase, in der sich «Europhoriker» und Gegner des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) auch intern gegenüberstanden, festigte sich in jüngster Zeit eine Kombination von Offenheit gegenüber der EU und Vertrauen in die eigene

Verhandlungsmacht. Mit den bilateralen Verträgen sei es den Schweizer Gewerkschaften gelungen, Europa als «Hebel» zu nutzen. Verbindliche Schutzbestimmungen für das heimische Niveau der Löhne und die Arbeitsbedingungen, die sogenannten flankierenden Massnahmen, waren Bedingung dafür, dass die Gewerkschaften den Abkommen mit der EU in einer Allianz mit den bürgerlichen Parteien zustimmten. So konnten die Gewerkschaften unterschiedliche Interessen ihrer Mitgliedschaft verbinden – einer Mitgliedschaft, die im Falle der damaligen Gewerkschaft Bau und Industrie (GBI) zur Mehrheit aus Ausländern und Ausländerinnen bestand. Der Erhalt des Lohnniveaus in der Schweiz wurde ebenso angestrebt wie die Sicherung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter/innen innerhalb der EU.

Rebekka Wyler interessiert sich insbesondere für den gewerkschaftsinternen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess, also dafür, wie eine Gewerkschaft lernt. Um das Handlungsfeld dieses Prozesses nachzuzeichnen, nutzt sie unter anderem den Ansatz der «Varieties of Capitalism», der davon ausgeht, dass es nicht *einen* Kapitalismus gibt, sondern verschiedene Varianten, die sich durch spezifische Kombinationen von Kooperation und Wettbewerb auszeichnen. Die schweizerische Form des Kapitalismus der Nachkriegszeit charakterisiert sie als eine «koordinierte Marktwirtschaft mit liberalen Elementen» (S. 69) – in den koordinierenden Institutionen spielten auch die Gewerkschaften eine Rolle. Für sie sei bis heute die Kombination von direktdemokratischen Instrumenten mit der vorgelagerten, auf Konfliktvermeidung angelegten «Verbandsdemokratie» sehr wichtig. Vor diesem Hintergrund

zeichnet die Autorin einen Lernschritt der Gewerkschaften zwischen der EWR-Abstimmung (1992) und der Zustimmung zu den bilateralen Verträgen (2000) nach. Im Vorfeld der EWR-Abstimmung dominierten im Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) die Europa-Befürworter. Nur aus der damaligen Gewerkschaft Bau und Holz (GBH) kamen warnende Stimmen: Die Personenfreizügigkeit könne das einheimische Lohnniveau unter Druck setzen. Gleichzeitig – und das ist eines der interessantesten Phänomene dieser Geschichte – war es auch die GBH (später Teil der GBI, noch später der Unia), die sich für die Abschaffung des Saisonierstatuts einsetzte und der Personenfreizügigkeit positiv gegenüberstand. Der SGB setzte sich zwar für flankierende Massnahmen ein, begnügte sich jedoch mit unverbindlichen Zusagen zu deren Umsetzung. Gewerkschaften der Exportindustrie, namentlich der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeitnehmerverband (SMUV), traten in der EWR-Abstimmungskampagne zusammen mit den Arbeitgebern für die Öffnung ein. Acht Jahre später verhielten sich die Gewerkschaften anders: Ihre Referendumsdrohung gegen die bilateralen Verträge mit der EU zogen sie erst zurück, als die flankierenden Massnahmen unter Dach und Fach waren. Und die Gewerkschaften führten eine von den Arbeitgebern unabhängige Kampagne.

Wie hatten die Gewerkschaften gelernt? Das Aufwachen nach der Abstimmungsniederlage von 1992 beschreibt Rebekka Wyler als «Kater». «Die Gewerkschaften sagen Ja, Nein sagen unsere Mitglieder», wird der Abstimmungskommentar eines Gewerkschaftssekretärs zitiert. Diese Erfahrung habe ein Umdenken eingeleitet. Führungspersonen, die

bei der EWR-Abstimmung eine kritische Haltung eingenommen hatten, spielten bei den Verhandlungen rund um die bilateralen Verträge eine entscheidende Rolle. Ausserdem sei in der Ausgestaltung der flankierenden Massnahmen eine verfeinerte Kombination der Instrumente Vertrag (Gesamtarbeitsverträge) und Gesetz (z.B. Allgemeinverbindlicherklärung) zum Tragen gekommen. Rebekka Wyler beschränkt sich darauf, verschiedene Dynamiken aufzuzeigen, und enthält sich einer Schlussfolgerung dazu, welche Faktoren für den «Lernprozess» entscheidend gewesen seien. Sie hält nur fest: «Tatsache ist, dass der Entscheidungsprozess [zum Abschluss von Verträgen mit der EU] den Gewerkschaften Möglichkeiten eröffnete, mittels des «Hebels Europa» sozial- und arbeitsmarktpolitische Forderungen durchzusetzen, die ansonsten nicht mehrheitsfähig gewesen wären.» (S.169)

Neben diesen europapolitischen Positionsbezügen zeichnet Rebekka Wyler das Verhältnis der Schweizer Gewerkschaften zur internationalen Zusammenarbeit in zwei weiteren Bereichen nach: im Bereich der internationalen Dachgewerkschaften und der europäischen Betriebsräte. In diesem zweiten und dritten Teil des Buchs überwiegt die Darstellung von Schwierigkeiten. Der mehrfach zitierten Einschätzung von Gewerkschaftssekretären, das Engagement in internationalen Dachorganisationen sei eine Zeitverschwendung, steht nur ein einziges Beispiel einer erfolgreichen internationalen Aktion gegenüber: 1992 bedankte sich die amerikanische Gewerkschaft des Aluminiumwerks in Ravenswood, West Virginia, beim SMUV für dessen Unterstützung. Dass der SMUV – dank der Vermittlung der inter-

nationalen Dachgewerkschaft der Metallarbeiter – in der Schweiz beim Investor Marc Rich Druck gemacht habe, sei entscheidend dafür gewesen, dass die ausgesperrten amerikanischen Kollegen letztlich einen Erfolg erzielten.

In Bezug auf die Arbeit in Europäischen Betriebsräten – dargestellt an den Beispielen Alusuisse / Alcan, Holcim und Nestlé – wird deutlich, dass sich auf europäischer Ebene Schwierigkeiten der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten potenzieren. Zu geografischen Distanzen und Sprachbarrieren kam erschwerend auch das Tempo der Umstrukturierungen in multinationalen Unternehmen hinzu, das dazu zwang und zwingt, Mitwirkungsgremien immer wieder neu auszuhandeln und aufzubauen.

Interessant ist die Studie von Rebekka Wyler deshalb, weil sie im Zeitraffer vor Augen führt, wie grundlegend sich die europäischen und die schweizerischen «Varieties of Capitalism» in den vergangenen 40 Jahren verändert haben, wie die Gewerkschaften unter grossen Anstrengungen – begleitet von heftigen inneren Konflikten – versuchen, diese Veränderungen zu verstehen und auf der Höhe der Zeit darauf zu reagieren; was manchmal, aber längst nicht immer gelingt.

In ihrem Theoriekapitel eröffnet Rebekka Wyler einen alltagsfremden und deshalb besonders anregenden Blick auf die Erfolge und Schwierigkeiten der dargestellten Gewerkschaftsarbeit. Zum Beispiel legt sie mit Bezug auf Laclau / Mouffe und Gramsci dar, dass Gewerkschaften nicht als monolithische Blöcke zu verstehen sind, in denen sich ein selbstverständliches Klasseninteresse ausdrückt. Auch in gewerkschaftlichen Organisationen konstruiere sich

die Identität der Akteure und Akteurinnen immer neu, auch in den internen Auseinandersetzungen über Analyse und Ziele herrsche ein Kampf um Hegemonie. Diese an sich simple Feststellung wird brisant, wenn man Rebekka Wylers Position als Forscherin mit einbezieht, die zeitgeschichtliche Geschehnisse darstellt, deren Hauptakteure politisch und gewerkschaftlich immer noch aktiv sind. Mit Bezug auf Laclau / Mouffe stellt Rebekka Wyler fest, dass auch Äusserungen im gewerkschaftsinternen Diskurs als «Akt *relativer* Freiheit» verstanden werden müssen, als Einsatz in einem «gramscianischen Stellungskrieg» (S. 56). Das heisst: Reden und Stellungnahmen, Aussagen in der Gewerkschaftspresse, selbst in einer Theoriezeitschrift wie *Widerspruch*, können gleichzeitig als Analyse und als Einsatz im Kampf um Meinungsführerschaft innerhalb einer Organisation verstanden werden. Deshalb stellt sich die Frage, wie mit den aus den Quellen zitierten Aussagen der Akteure umzugehen sei. Rebekka Wyler zitiert zum Beispiel rückblickende Einschätzungen von Paul Rechsteiner, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), und von Vasco Pedrina, langjähriger Gewerkschaftssekretär von GBH und GBI, Co-Präsident von Unia und Vizepräsident der Internationalen Bauarbeitergewerkschaft (IBB), die sich mit ihren eigenen Erkenntnissen decken. Das Verständnis der bilateralen Verträge, das sich im Schweizerischen Gewerkschaftsbund durchgesetzt hat, wird von Rebekka Wyler in ihrer Rolle als Historikerin im grossen Ganzen bekräftigt. Weil sie aber nicht alle dokumentierten Ereignisse und Stellungnahmen in klare Ursache-Wirkung-Zusammenhänge einordnet und damit auch Einblick in die Unüber-

sichtigkeit des gewerkschaftspolitischen Alltags gibt, weckt die Studie ganz behutsam die Vorstellung, was das sein könnte: ein Nachdenken über Gewerkschaftspolitik abseits des organisationspolitischen «Stellungskriegs».

Annette Hug

Solidaritätsnetz Ostschweiz / Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht Ostschweiz (Hg.): **«Das hier ... ist mein ganzes Leben.»** Abgewiesene Asylsuchende mit Nothilfe in der Schweiz. Limmat Verlag, Zürich 2012 (240 S.)

Asylsuchende, auf deren Gesuche die Behörden nicht eintreten, erhalten seit April 2004 keine Sozialhilfe mehr. Sie haben lediglich noch Anrecht auf die verfassungsmässig garantierte Nothilfe. 2008 wurde dieser Sozialhilfe-Ausschluss zusätzlich auf abgewiesene Asylsuchende ausgedehnt. Die Nothilfe ist in der Bundesverfassung wie folgt festgeschrieben: «Wer in Not gerät und nicht in der Lage ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch auf Hilfe und Betreuung und auf die Mittel, die für ein menschenwürdiges Dasein unerlässlich sind.» Das Recht auf Hilfe in Notlagen beinhaltet bei abgewiesenen Asylsuchenden grundsätzlich den Zugang zu Nahrung und Hygieneartikeln in Form von Sachabgaben, Geldleistungen oder Gutscheinen, eine einfache Unterkunft, Kleider und medizinische Versorgung. Diese Abgaben und Leistungen werden dabei auf einem absoluten Minimum gehalten. Das erklärte Ziel der Behörden ist es, dass diese Personen die Schweiz möglichst schnell verlassen. Doch viele von ihnen verharren dennoch in dieser pre-

kären Situation, beispielsweise aus Angst vor Verfolgung in ihrem Herkunftsland, weil sie ihren Kindern eine Zukunftsperspektive ermöglichen möchten oder weil die Schweiz ganz einfach zu ihrem Lebensmittelpunkt geworden ist.

Das Gefühl, nur wenig an der ausweglosen Situation von Nothilfebeziehenden ändern zu können, führte im Solidaritätsnetz Ostschweiz und bei der Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht Ostschweiz zum Entschluss, die konkreten Lebensrealitäten der Betroffenen wenigstens der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Daraus entstand das Buch *«Das hier ... ist mein ganzes Leben.»* Dreizehn abgewiesene Asylsuchende erzählen darin von ihrem Leben im Nothilfesystem. Inspiriert von der soziologischen Studie *Das Elend der Welt* von Pierre Bourdieu, gewährt das AutorInnenkollektiv mithilfe von verstehenden, qualitativen Interviews einen Einblick in die Alltagsrealitäten von Nothilfebeziehenden und lässt diese aus dem Schatten der gesellschaftlichen Welt an die Öffentlichkeit treten. Nach einer Einführung von Prof. Franz Schultheis, Soziologe an der Universität St. Gallen, folgen Gespräche mit Personen, welche laut Gesetz nicht mehr hier sein dürften. Jedem Beitrag wird eine kurze Einführung in die Lebensumstände der befragten Person vorangestellt. Das Buch schliesst mit einer kurzen Übersicht über den Verlauf der unzähligen Asylgesetzrevisionen, wodurch die Gespräche in den rechtlichen Kontext gestellt werden.

Franz Schultheis greift in seinem Essay die Feststellung des Soziologen Georg Simmel auf: «Wenn Du eine Gesellschaft begreifen willst, dann schaue Dir an, wie sie mit ihren Armen umgeht», und ergänzt: «... mit Fremden umgeht». Die Ant-

wort auf die Frage, ob wir uns nun in «guter Gesellschaft» befänden, überlässt er den LeserInnen. Die 13 Porträts werden als «Sozioanalyse einer gesellschaftlichen Verdrängung» bzw. einer «organisierten Nicht-Existenz» verstanden. Im Zentrum stehen Menschen, welche für den grössten Teil der Gesellschaft gar nicht existieren. Sie werden von der Normalität des gesellschaftlichen Lebens ausgeschlossen und ihnen wird in einer zynischen Art und Weise nur eine äusserst minimale Hilfe – «zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel» – zugestanden.

Die Porträts behandeln Themen wie Ausschluss, Arbeitsverbot, Untätigkeit, Scham, Würde, Überlebensstrategien und der Umgang mit Behörden. Porträtiert werden sowohl alleinstehende Männer und Frauen als auch Familien. Sie erzählen von ihrem Alltag in der Nothilfe, von Perspektivlosigkeit, von Langeweile und Zermürbung, von finanzieller Not, von ihren Träumen oder verlorenen Hoffnungen. «Wenn du hier bist, dann verlierst du dein Leben», fasst beispielsweise der 27-jährige Malam aus Guinea-Bissau seine Situation zusammen. Ali flüchtete 2003 vom Iran in die Schweiz. Sieben Monate hat er im Gefängnis in der Schweiz zwecks Durchsetzungshaft verbracht. «Aber ich denke, ich habe Glück gehabt, dass ich ins Gefängnis gegangen bin. [...] Alle Leute sind wie du, Gefangene. Draussen ist es ganz anders. Du bist frei, aber du bist doch nicht ein freier Mann.» Angélique und Susanna Dos Santos, welche beide mit ihren Töchtern in den Nothilfestrukturen leben, leiden unter den knappen Mitteln und sorgen sich um die Zukunft ihrer Töchter. Mit 18 Franken pro Tag als Familie durchzukommen sei schwierig, meint Susanna Dos Santos: «[...] manchmal weine ich,

weil ich sehe, es reicht nicht aus, aber ich kann nichts machen. Ich kann doch nicht in der Migros stehlen gehen!» Schlaflosigkeit, Angst und Stress sind bei vielen an der Tagesordnung: «Ooh! Die Ängste! Die Ängste! Die habe ich fast immer!», erzählt beispielsweise die 23-jährige Cécile Maboso aus der Demokratischen Republik Kongo. Die 25-jährige Marie sieht sich als Objekt, mit welchem Dinge geschehen, auf die sie kaum Einfluss hat. Ihr Selbstwertgefühl ist zerstört: «Ich fühle mich als Nichts. Ich bin gar nichts, ich kann gar nichts machen. [...] Es ist schwierig, wie ein Mensch zu leben.»

Das Buch zeigt eindrücklich, dass die gewährte Nothilfe ein menschenwürdiges Leben nicht ermöglicht. Es gelingt den AutorInnen, die Lebenssituationen von Menschen, welche von der Gesellschaft ausgegrenzt und marginalisiert leben, den Lesenden näherzubringen. Dabei stehen die Individuen im Zentrum: Wie leben sie? Was fühlen sie? Was wünschen sie sich? Und wieso möchten sie trotz allem hierbleiben? Zwar wiederholen sich einzelne Aussagen und die Anzahl der Porträts ist eher an der oberen Grenze. Allerdings gelingt es gerade dadurch, eine «Art ‹Kollektivschicksal› einer spezifischen Kategorie von Mitmenschen vor Augen» zu führen. So wie hinter der Politik der Nothilfe ein System der Ausgrenzung und Zermürbung steckt, zeigt sich hinter den Schicksalen eine Systematik, wie diese Politik von den Menschen erlebt wird. Es bleibt zu hoffen, dass das Buch auch von Personen und PolitikerInnen zur Kenntnis genommen wird, welche eine ständige Verschärfung der Praxis fordern, ohne die Situation der Opfer ihrer Politik wirklich wahrzunehmen.

Karin Jenni

Silke Chorus: **Care-Ökonomie im Postfordismus**. Perspektiven einer integralen Ökonomie-Theorie. Westfälisches Dampfboot, Münster 2013 (305 S.)

Dass Care-Arbeiten ökonomisch relevante Tätigkeiten sind, steht für feministische Wissenschaftlerinnen seit der Hausarbeitsdebatte, die in den 1970er-Jahren geführt wurde, fest. Wie aber verändert sich Care-Arbeit, wenn sie nicht mehr nur unbezahlt im Privathaushalt verrichtet, sondern in kommodifizierter Form zu einem Bestandteil der Ökonomie wird? Dieser Frage geht Silke Chorus in ihrer Analyse nach. Sie untersucht, wie Care-Arbeit gegenwärtig – im Postfordismus – ökonomisch eingebettet ist und was Kommodifizierung von Care für die Bedingungen dieser Arbeit bedeutet. Dabei beachtet sie immer auch die Folgen für jene Menschen – vor allem Frauen –, die in diesen Sektoren arbeiten. Sie richtet nicht, wie oftmals in feministischen Analysen, ihren Blick primär auf die Auswirkungen ökonomischer Veränderungen auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen, sondern bezieht von Anfang an die Geschlechterverhältnisse und Care-Arbeiten integral in die ökonomische Analyse ein (S. 21). Damit kehrt sie die Ausgangsfrage. Die Dynamik der Geschlechterverhältnisse wird in Hinblick auf ihre Auswirkung auf die Produktionsverhältnisse untersucht, so dass die Geschlechterverhältnisse als ökonomische Verhältnisse gesetzt und Care-Arbeit als notwendige Arbeit sozialer Reproduktion innerhalb kapitalistischer Produktionsweise anerkannt wird (S. 74).

Anhand der Global City New York zeigt die Autorin exemplarisch die Ver-

schiebungen innerhalb der Care-Ökonomie als Folge postfordistischer Sozial- und Wirtschaftspolitiken. Mit der konkreten Untersuchung von Altenpflege, Kinderbetreuung und Domestic Work – der drei Säulen der Care-Ökonomie in New York City – wird es möglich, die Widersprüche zu verstehen, in die Care-Arbeiterinnen verstrickt sind. Indem sie die gesamte Analyse über beide Seiten eines Care-Verhältnisses, nämlich die des Care-Takers und die des Care-Givers, einbezieht und die darin zu unterscheidenden Interessen an und in der Arbeit und in ihrer gesellschaftlichen Positionierung herausarbeitet, werden die Voraussetzungen von Care-Arbeit, nämlich die Abhängigkeit eines Care-Takers von einer versorgenden Leistung (S. 125) und das unterschiedliche, hierarchisierte Reproduktionsniveau beider, deutlich (S. 169 f.). Dadurch werden die sozialen Bedingungen, in denen Care als Ware überhaupt erst möglich wird und von denen Frauen als Care-Giver betroffen sind, sichtbar.

Dieses konkrete Beispiel veränderter Care-Verhältnisse bettet die Autorin in einen einleitenden und einen abschließenden wirtschaftstheoretischen Teil ein, der die ökonomische Form von Care-Arbeit mithilfe marxistischer Begrifflichkeit analysiert. Als theoretischen Rahmen zieht Chorus die Regulationstheorie heran, die ihr die Möglichkeit bietet, sowohl die Veränderungen ökonomischer Prozesse als auch den Wandel der Care-Verhältnisse gleichermaßen und in ihrer Abhängigkeit erfassen zu können. Da in der Regulationstheorie bisher, so die Ökonomin, die Verknüpfung kapitalistischer und nichtkapitalistischer Produktionsweisen nicht ausreichend bestimmt wird, bleibt «die Care-Seite der sozialen Reproduktion in der Regulationstheorie

begrifflich unbestimmt» (S. 62). Das Ziel der Autorin liegt darin, diese marxistische Theorie um «den Begriff der sozialen Reproduktion» (ebd.) und damit um eine umfassendere Perspektive auf die Geschlechter- und Arbeitsverhältnisse zu erweitern. So soll der «Bereich der Fürsorge, Pflege und Betreuung abhängiger Kinder, Kranker und älterer Menschen» (S. 76) in die Analyse kapitalistischer Produktionsweise als notwendiger Bereich der sozialen Reproduktion integriert werden.

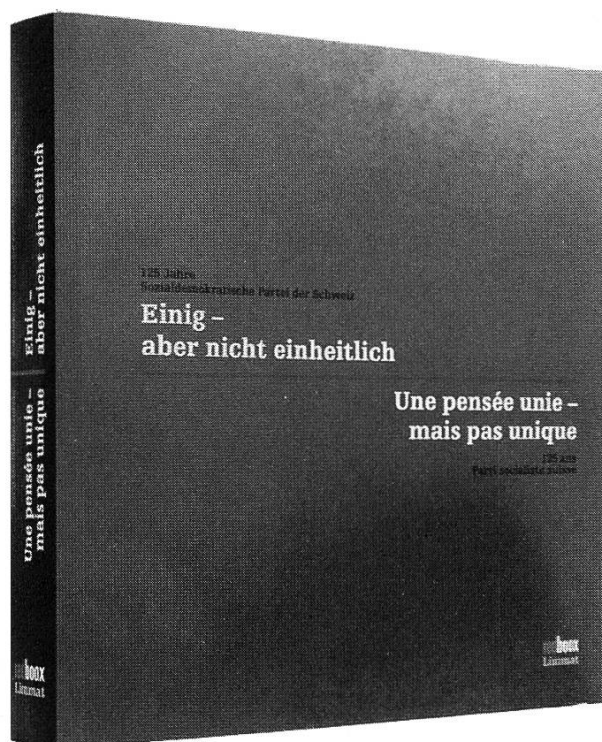
Indem die Autorin im ersten Teil ihrer Analyse Care-Arbeit dahingehend untersucht, was sie auf individueller Ebene auffängt, welche Tätigkeiten diese Arbeit umfasst und was sie damit gesellschaftlich leistet, macht sie den Unterschied zur herkömmlichen Warenproduktion deutlich. Damit liefert sie wichtige Grundlagen für die Entwicklung einer «eigenständigen Care-Economy» (S. 21). Zum einen wird dabei deutlich, dass Care-Arbeit als eine zwischenmenschliche (Beziehungs-)Arbeit zwar in Ware gesetzt werden kann, sie sich aber einer Rationalisierung, wie sie in der Güterproduktion möglich ist, widersetzt und damit das Ziel der Profitmaximierung einschränkt. Zum anderen zeigt Chorus, dass die Kommodifizierung von Care in zwei unterschiedlichen ökonomischen Formen erfolgt. Obwohl das Zur-Ware-Werden von Care zum einen privatwirtschaftliche profitorientierte Care-Arbeit ermöglicht (z. B. durch privatwirtschaftliche Care-Unternehmen im Putzgewerbe), bleibt ein wesentlicher Teil kommodifizierter Care-Arbeit, z. B. bezahlte Putzarbeiten im Privathaushalt, ausserhalb des Profitmaximierungsprinzips (S. 56). Kommodifizierte Care-Arbeiten im Privathaushalt, «die als Dienstbot/in-

nen-Arbeitsverhältnisse bezeichnet werden können» (ebd.), unterliegen so trotz Lohnförmigkeit also nicht dem Prinzip der Profitmaximierung.

Kommodifizierte Care-Arbeit – ob profitorientiert oder nicht – setzt voraus, dass «ein Teil des produzierten Wertes als Care-Bestandteil oder Care-Schatz für die Bezahlung von Care-Arbeiter/innen verwendet wird» (S. 127). Ohne diesen Care-Bestandteil, der in den Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft enthalten sein muss, ist eine kommodifizierte Form von Care nicht denkbar. Da dieser Teil somit nicht in die «unmittelbare Reproduktion von Kapital, Produktionsmitteln und Arbeitskraft (durch Konsumgüter), die Akkumulation von Kapital oder anderer (Re-)Investitionen» (S. 126) eingeht, sondern abseits davon an den Care-Giver übergeht, an jene Person, die kommodifizierte Care-Arbeit anbietet, wird deutlich, dass die Entwicklung des Akkumulationsregimes unweigerlich von der Form sozialer Reproduktion und der Ausgestaltung von Care abhängt. Wenn bezahlte Care-Arbeit in den Reproduktionskosten enthalten ist, mindert dies unweigerlich die Mehrwerttrate. Damit zeigt Chorus, dass die Organisationsweise von Care-Arbeit und ihre Veränderung eine genuin ökonomische Frage ist. «Das Akkumulationsregime zeigt sich uns zwar als die *Voraussetzung* für bestimmte Formen von Care und Care-Arbeit, es ist aber in der hier vorgeschlagenen integralen regulationstheoretischen Perspektive [...] ebenso *Resultat* bestimmter Formen von Nicht-Care-Lohnarbeit, Care und Care-Arbeit zu betrachten.» (S. 127) So stellt sie heraus, dass die Organisation des gesellschaftlichen Arbeitsbereiches, der mit Frauen assoziiert ist, die Form der Akkumulation bestimmt.

Damit werden die Geschlechterverhältnisse als Produktionsverhältnisse verstanden und wird Care-Arbeit als eine vergeschlechtlichte Arbeit für eine feministische Kritik der politischen Ökonomie fruchtbar gemacht. Der Autorin gelingt es, die ökonomischen Organisationsprinzipien kapitalistischer Produktionsweise mit den konkreten, sozialen Bedingungen des Postfordismus zusammenhängend verstehbar zu machen. Damit erreicht Chorus ihr Ziel, zur Entwicklung einer eigenständigen Care-Economy, wie sie von Mascha Madörin angeregt wurde (S.21), beizutragen.

Anna Hartmann



Einig – aber nicht einheitlich

Von der Vorgeschichte in der Mitte des 19. Jahrhunderts über die Gründung am 22. Oktober 1888 bis zur Geburt der Kantonalpartei in Appenzell Innerrhoden 2012 spannt das Buch den roten Faden durch die Geschichte der Schweizer Sozialdemokratie. Es zeigt die historischen Fakten, deren Hintergründe, aber auch die Konstanz der sozialdemokratischen Ideen, Visionen und das stete Ringen darum.

ab November, ca. Fr. 68.–, € 58.–
Edition Redbook, Limmat Verlag
ISBN 978-3-85791-708-0

Deutsch und Französisch
492 Seiten, vierfarbig, reich
illustriert, gebunden